



# Mehr Engagement für kommunale Entwicklungspolitik

## 12. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

14. bis 16. Juni 2012, Kurfürstliches Schloss, Mainz

# Inhalt

Mehr Engagement für Kommunale Entwicklungspolitik	
12. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen .....	3
Welches Gesicht hat das kommunale entwicklungspolitische Engagement von morgen? .....	4
Begrüßung	
Oberbürgermeister Michael Ebling eröffnet die 12. Bundeskonferenz im Mainz .....	6
Mehr Engagement	
Dr. Doris Wittler-Stiepeltmann, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) .....	8
Gabriela Büsselmaier, Hauptgeschäftsführerin Engagement Global gGmbH .....	9
Kommunale Entwicklungspolitik – Was zeichnet das Engagement vor Ort aus? .....	10
Strukturwandel des Engagements – Konsequenzen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit	
Prof. Dr. Norbert Kersting, Universität Münster .....	12
Bürgerschaftliches Engagement als Allheilmittel in Kommunen?	
Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement .....	13
Die Rolle der Zivilgesellschaft im Engagement für globale Fragen	
Dr. Richard Auernheimer, Vorsitzender des Vereins Partnerschaft Rheinland-Pfalz/ Ruanda .....	14
Internationale Verantwortung – Rheinland-Pfalz und die Welt	
Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz .....	15
Stimmen aus der Praxis	
Interviews .....	16
Politik-Check: Einschätzungen zu mehr Engagement in der Entwicklungspolitik .....	18
„Film ab!“ – die DVD zur Konferenz	
Die Bundeskonferenz 2012 in Bild und Ton .....	20

# Mehr Engagement für Kommunale Entwicklungspolitik

## 12. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

Vom 14. – 16. Juni 2012 fand in Mainz die 12. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen statt. Circa 100 aktive Personen aus Nichtregierungsorganisationen (NROs), den lokalen Agenda 21-Prozessen und Vertretern aus Politik und Verwaltung brachten viele praktische Erfahrungen und Ideen für mehr Engagement in der kommunale Entwicklungspolitik mit.

Unter dem Motto „Engagement braucht Unterstützung“ entwickelten die Teilnehmer mit Hilfe von Vorträgen, Podiumsdiskussionen, in Dialogrunden und bei Impulsvorträgen Anregungen und Ideen, wie mehr aktive Bürger für die Arbeit im entwicklungspolitischen Engagement gewonnen werden können.



Die Bundeskonferenz findet seit über 20 Jahren statt und auch die erste Konferenz 1988 tagte bereits in Mainz. Hier wurde von den Teilnehmern die Mainzer Erklärung zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Seitdem steigt stetig die Anzahl derer, die sich in der kommunalen Entwicklungspolitik engagieren. Aktuell sind es eine Million Deutsche, die in diesem Bereich arbeiten. Sie unterstützen den fairen Handel, engagieren sich in kommunalen Entwicklungspartnerschaften oder leisten Informations- und Bildungsarbeit vor Ort.

Im Rahmen der 12. Bundeskonferenz feierte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ihren 10. Geburtstag.

## Welches Gesicht hat das kommunale entwicklungspolitische Engagement von morgen?

**E**ngagement braucht Unterstützung! Doch wie kann es gelingen, in den nächsten drei Jahren neue Engagierte für die kommunale Entwicklungspolitik zu gewinnen? Welche Effekte hat ein optimales Engagement und wie können diese Effekte am besten genutzt werden? Engagement geht nicht ohne die passenden Partner. Doch welche Partner sind für eine gelungene Umsetzung der Ziele besonders hilfreich und wichtig und wie kann man sie erreichen und ihnen attraktive Angebote machen? Kommunale Entwicklungspolitik hat in den Kommunen eine Vorbildfunktion, diese ist oft an Personen gebunden. Zudem ist die Entwicklungszusammenarbeit aufgrund ihrer Verankerung im Grundgesetz gleichzeitig eine Pflichtaufgabe für die Daseinsvorsorge und Teil der nachhaltigen Entwicklung.

Entwicklungspolitik ist aber auch Querschnittsaufgabe in Vereinen, der Schule und in anderen Organisationen. Über die Partnerschaften im Süden gibt es einen regen gegenseitigen Erfahrungsaustausch; zugleich lernen beide Seiten immer wieder etwas voneinander.

Daneben werden die Organisationsstrukturen entschlackt: neben einer Entbürokratisierung gibt es eine Steigerung der Professionalität und Qualität sowie eine verbesserte Ausbildung der Aktiven. Auch die Förderung und Beratung ist im Jahr 2015 hochwertiger geworden. Das wirkt sich auch auf die Netzwerke aus. Den Engagierten vor Ort ist es gelungen, die Medien als Partner für eine bessere Bewusstseinsbildung zu gewinnen. Die Vernetzung besteht sowohl horizontal mit allen Kommunen, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit betreiben, als auch vertikal mit allen in den Kommunen Aktiven. Zudem ist es gelungen mehr Augenmerk auf Rückkehrer und Migranten zu werfen: Sie haben nun eigene Integrationsprogramme, die sie professionell fordern. Die Beschaffung ist heute nicht nur fair, sondern auch ökologisch. Es gibt eine Beratung und die Hindernisse im Vergaberecht sind aufgelöst.

Das Engagement lässt sich am besten partizipativ nutzen: Dabei sollte die Wirtschaft eingebunden werden und das Prinzip „bottom up“ häufiger ins Spiel gebracht werden. Mehr Feedback und Anerkennung den Akteuren gegenüber sorgt dafür, dass das freiwillige Engagement auch Spaß macht. Hierbei denken die Teilnehmer nicht nur an eine Willkommenskultur, sondern auch an regelmäßiges Monitoring oder eine Evaluation der Arbeit. Auch eine Schonung der eigenen finanziellen Ressourcen oder eine steuerliche Entlastung können Anreize für mehr Engagement sein.

■ An einigen Stellen in der Dokumentation finden Sie abgesetzte „Post-It’s“. Dort sind die Ideen und Wünsche für das Gesicht des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements von morgen aus der Perspektive der Teilnehmer der Dialogrunden wiedergegeben.



Das Gesicht des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements von morgen:

Mehr wissen über die Lebenswirklichkeit der Menschen im Süden und über die Verantwortung, die wir dafür haben. ■

Im Bereich von Bildung wurde ein Studiengang „kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ eingerichtet. Darüber hinaus ist entwicklungspolitisches Engagement als Thema fester Bestandteil in Kindertagesstätten, Schulen und den Medien.

Eine echte Verbesserung für die Strukturen vor Ort war die Einführung fester Budgets. Außerdem ist eine Mitarbeit nun auch ohne Geld möglich. Das Promotorennetzwerk ist 2015 flächendeckend ausgebaut und die Formalia – zum Beispiel für die Finanzierung – sind nun bundesweit einheitlich.

Um Ziele zu erreichen, braucht es neben Unterstützern auch attraktive Angebote, mit denen die Unterstützer erreicht werden können. Bildung ist hierbei ein vielversprechendes Angebot, mit dem Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch Unternehmen als Zielgruppe erreicht werden können. Gute Beispiele für die bisherigen Angebote von Engagement Global gibt es zahlreiche: Hierzu zählen das Programm „Weltwärts“, das die Zielgruppe der 18 – 28-jährigen 6 – 24 Monate im Ausland begleitet. Das Projekt „WinD“ für Rückkehrer sollte auf jeden Fall beibehalten werden. Es ist Entwicklungshilfe in Deutschland, da sich 64% der Rückkehrer in Regionalgruppen, auf Konferenzen oder in Aktionen engagieren. Andere gute Beispiele sind das ASA- und das ENSA-Programm. Diese ermöglichen eine Mitarbeit im globalen Süden beziehungsweise Schüleraustausche. Ebenso wichtig ist der kommunale Austausch über Städtepartnerschaften und das ENSA-Projekt. Als neue Vernetzungsangebote sind neben einem Alumni-Netzwerk auch Plattformen oder ein Eine-Welt-Gipfel denkbar. Auch der Ausbau von Partnerschaften wurde vorgeschlagen. Mögliche Angebote für das Internet sind soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Blogs. Darüber ließen sich auch Einkaufsfaktionen wie CarrotMobs organisieren oder einfacher Gleichgesinnte für Aktionen wie „Halbzeit-Vegetarier“ finden. Auch ein Carrot-Shop mit Links zum Klimaschutz kann leicht eingerichtet werden. Inwieweit das Web 2.0 Engagement befördern kann bleibt unklar.

Doch wie erreicht man neue Mitglieder und welche Impulse setzt man dazu? Wenn es gelingt aktuelle Themen zu besetzen, lassen sich schnell Menschen mit ähnlichem Interesse finden. Themen hierfür könnten Beteiligung oder nachhaltiger Konsum sein. Anerkennungsthemen für eine Teilhabe von Migranten könnten zum Beispiel Stadtentwicklung und Wohnumfeld sein. Aber auch „Hilfe im Alltag“ oder „Entwicklung der Heimatländer“ sind im entwicklungspolitischen Kontext denkbar. Damit diese Impulse auch ankommen, sind die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich. Zu allererst ist Vertrauen nötig. Hinzu kommen Beratungsmöglichkeiten sowie angemessene Strukturen für die Arbeit mit Vereinen, Organisationen, Wohlfahrtsverbänden oder Ausländerbeiräten. Neben einer finanziellen Unterstützung für die Arbeit als eigenständige NRO braucht es eine Koordination in der Verwaltung. Die Durchführung von Wettbewerben kann eine zusätzliche initiiierende Wirkung haben.



Wenn diese Anregungen und Ideen umgesetzt werden ist es möglich, dass Engagement in den kommenden Jahren mehr Unterstützung durch neue Aktive erhält, glauben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundeskonferenz. In der gemeinsamen Mitwirkung aller in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Tätigen, ist dieses Ziel erreichbar.

## Begrüßung

*Oberbürgermeister Michael Ebling eröffnet die 12. Bundeskonferenz im Mainz*



I n Mainz leben circa 200.000 Menschen aus über 150 Nationen, darunter 60.000 mit einem Migrationshintergrund. Daher ist es selbstverständlich sich zu Toleranz und respektvollem Umgang zu bekennen. Das Bild von einem sozialen Mainz betont das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher

Herkunft, unterschiedlicher Hautfarbe, unterschiedlicher religiöser oder kultureller Herkünfte. Das ist ein Klima und eine große Chance im 21. Jahrhundert zu behaupten. „In diesem Geiste pflegen wir auch die Prinzipien der Völkerverständigung, der Partnerstädte und auch der Städtefreundschaften in aller Welt.“

Es finden sich aber auch viele Spuren der Initiativen in Mainz: Für Klima, für Umwelt und für Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit. Aber auch Anfänge der Kooperationen zwischen Initiativen und Städten und Gemeinden finden sich in Mainz. Ebenso wie nachhaltige Strukturen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Mitte der 1980er Jahre propagierte der damalige Bürgermeister Dr. Josef Hofheim als Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas die Intensivierung der kommunalen Bemühungen um Hilfe und Dialog zur damals häufig so bezeichneten Dritten Welt. Schnell entwickelten sich daraus Wasser-, Bildungs- und Gesundheitsprojekte, denen die Netzwerke und die Eine-Welt-Bildungsarbeit zur Seite gestellt wurden.

1988 dann wurde offiziell das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz gegründet. In der Folgezeit wurde von hier aus die Arbeit an der Nord-Süd-Kampagne und dem Rio-Gipfel aufgenommen. Im gleichen Jahr wurde auf der ersten Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen in Mainz die Erklärung zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Der lokale Agendaprozess in Mainz wurde 1996 von Umwelt- und Entwicklungspolitischen Gruppen aus der Bürgerschaft heraus angestoßen. Seitdem beteiligen sich eine Vielzahl von Mainzer Bürgerinnen und Bürgern an dem Prozess. Daraus haben sich wiederum weitere neue entwicklungspolitische Gruppen entwickelt. Ausgehend vom Aufruf zum Handeln der Mainzer Erklärung 1988, können alle, auch als Teil eines solchen Prozesses, stolz darauf sein, was auf den unterschiedlichen Ebenen bisher geleistet worden ist. ■

## Kurzinterview mit Oberbürgermeister Ebling

### Was raten sie lokalen Netzwerken, um ihr Engagement vor Ort zu verstärken?

Die meisten sind schon so stark engagiert, die wissen das selbst am besten. Insofern brauchen sie keine Tipps von mir. Ich wünsch mir, dass sie aktiv bleiben, dass sie hungrig bleiben für die Themen und dass sie neugierig bleiben für offene Themen und einfach immer wieder erkennen: Auch wenn die Arbeit hin und wieder mal mühsam sein kann, sie ist unheimlich wertvoll.

### Was kann lokale Entwicklungspolitik vor Ort leisten, um die Hilfe in den Regionen voranzutreiben?

Ich glaube wir Kommunen haben einen unschlagbaren Vorteil: In den Kommunen leben die Menschen unmittelbarer miteinander, sie haben eine direkte soziale Verbindung. Ob das Vereine sind, ob das die Identität der Stadt ist, die Menschen zusammenbringt. Da wird Hilfe konkret und das ist der unglaubliche Charme kommunaler Entwicklungspolitik. Da ist nicht die abstrakte Lösung gefragt, da sind konkrete Projekte gefragt, die mit konkreten Menschen zu tun haben und das ist eine unglaublich wichtige Säule für die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt.

### Wie konkret können Städte und Kommunen tätig werden, um ihre Verantwortung wahrzunehmen?

Es gibt da unglaublich viele, schöne Beispiele. Die Mainzer kommunalen Stadtwerke, die sich in Ruanda, dort, wo wir freundschaftliche Verbindungen zur Hauptstadt Kigali haben, zum Beispiel für die Fragen von sauberem Wasser oder auch für die Fragen von Windkraft einsetzen. Das ist ein konkretes Projekt, das bringt Mainzerinnen und Mainzer und Menschen aus Kigali zusammen. Man spricht dann natürlich auch über die größeren Zusammenhänge. Aber am konkreten Projekt kann man erfahren, wie Know-how wirkt, wie Innovationsfähigkeit, auch von deutschen Unternehmen dort wirken kann. Ich glaube für die Region in Ruanda ist das eine sehr wertvolle Partnerschaft.

### Eine Million Menschen in Deutschland sind in irgendeiner Form in der politischen Entwicklungsarbeit tätig. Wie kann unter diesen Personen die Vernetzung vorangetrieben werden?

Es gibt zum Glück viele Menschen, die sich in diesen Feldern engagieren. Vernetzung heißt für mich insbesondere zu schauen, dass man von guten Beispielen lernt. Das heißt, wenn bestimmte Erfahrungen an bestimmten Stellen schon einmal gemacht worden sind, wie kann man Projekte anschieben, wie schafft man eine gute Motivation, was sind sinnvolle Projekte und wie schafft man auch die Verbindung über viele, viele Grenzen hinweg. Wenn das Andere wiederum neuen Netzwerken zeigen können, ich glaube das befruchtet und motiviert auch in hohem Maße.

# Mehr Engagement

Dr. Doris Witteler-Stiepelmann,

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



**E**ntwicklungspolitik ist auf das Engagement aller gesellschaftlichen Kräfte angewiesen. Der Staat allein kann die globalen Herausforderungen, wie Armut und Hunger, Verletzung von Menschenrechten, Kriege oder Konflikte oder die Bedrohung des Weltklimas nicht bewältigen.

Dazu braucht es ein starkes Engagement der gesamten Gesellschaft. Diese Einbeziehung der privaten Initiativen möchte das BMZ mit seiner neuen Engagement- und Entwicklungspolitik fördern. Sie soll Menschen mobilisieren und Eigeninitiative und Innovationskraft freisetzen. Dafür muss die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, vor allem aber auch mit Kommunen und Bundesländern deutlich ausgebaut werden. Die Engagementpolitik nimmt alle Partner gleichermaßen ernst.

Der erste Schwerpunkt der neuen Entwicklungspolitik ist: Mehr Engagement. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Förderung des Engagements der Wirtschaft und einer stärkeren Einbindung in die Entwicklungspolitik. Dritter Schwerpunkt ist der Ausbau von Bildung und beruflicher Bildung, von Jobs und Wertschöpfungsketten. Ein weiterer Fokus liegt in der Stärkung demokratischer Prozesse und Rechtsstaatlichkeit sowie der Schaffung einer neuen Balance zwischen Fördern und Fordern. Zudem haben wir den Menschenrechts-TÜV eingeführt. Fünftens wurde die Wirksamkeit der deutschen

EZ gestärkt und Doppel- und Dreifachstrukturen abgebaut. Letzter Schwerpunkt ist es, die Sichtbarkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.

Wie kein anderes Politikfeld lebt Entwicklungspolitik von der Beteiligung der Gesellschaft. Bereits heute engagieren sich über eine Million Menschen in Deutschland in der Entwicklungspolitik. Ziel des BMZ ist es, diese Zahl in den kommenden Jahren auf zwei Millionen zu verdoppeln. Bürgerschaftliches Engagement kann aber natürlich nicht von oben verordnet werden – es entsteht aus der Gesellschaft selbst. Um dies zu unterstützen, nimmt das BMZ die Rolle eines Chancengebers ein. Ein Chancengeber für alle Teile der Gesellschaft, die Beiträge zu einer breitenwirksamen, nachhaltigen Entwicklung leisten wollen. Als Teil der Initiative für mehr Engagement in der Entwicklungspolitik soll ein „Deutscher Entwicklungstag“ ins Leben gerufen werden. Er soll erstmals im Frühsommer 2013 stattfinden und zu einer festen, jährlichen Größe werden. Damit soll möglichst vielen Menschen in Deutschland die Möglichkeit gegeben werden, entwicklungspolitisches Engagement in ihrem unmittelbaren Umfeld kennen zu lernen. Das

kann nur gelingen, wenn alle wesentlichen Akteure wie Kommunen, Länder und Zivilgesellschaft tatkräftig mitwirken.

Die Zusammenarbeit des BMZ mit Zivilgesellschaft und Kommunen soll weiter gestärkt werden. Erstmals gibt es in Deutschland eine einzige Ansprech- und Beratungsstelle für Bürgerengagement:

Das Gesicht des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements von morgen:

Stärkung der Macht  
der Konsumenten  
für eine faire  
Weltgemeinschaft.

Gabriela Büssemaker,  
Hauptgeschäftsführerin Engagement Global gGmbH



**E**ngagement Global ist der Auffassung, dass es sehr viele engagierte Bürger gibt. Nun stellt sich die Frage: „Was ist Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit?“ Ist das, wenn jemand eine Spende leistet? Zum Beispiel nach einem Tsunami. Oder ist es, wenn jemand Aktive sucht, um einen Brunnen

in Burkina Faso zu bohren? Dieses Engagement wollen wir in den nächsten Jahren in der Bevölkerung verdoppeln. Und dazu muss es Anreize geben: Einerseits gedankliche Anreize, ideelle Anreize, aber auch das Bewusstsein schaffen, dass wir in einer Welt leben, und die Auswirkungen uns alle treffen.

Die Bundeskonferenz ist deshalb wichtig, weil man einerseits in die Bevölkerung hineinragen möchte, was Entwicklungszusammenarbeit eigentlich bedeutet. Das andere, auch ganz Wichtige ist, dass sich die Vereine, die Nichtregierungsorganisationen, aber auch die Kommunen untereinander vernetzen und auch voneinander lernen. ■

Das Gesicht des kommunalen entwicklungs-  
politischen Engagements von morgen:

Abschied vom  
traditionellen, hin zu  
einem nachhaltigen  
Wachstumsverständnis.

Engagement Global. Diese Servicestelle bietet eine offene Tür für Entwicklungsengagement in Deutschland. Durch Zusammenlegung verschiedener Programme werden hier auch die Synergien zwischen den bisher organisatorisch zersplitterten Förderbereichen gestärkt. Außerdem wurden die Fördermittel erhöht. Die in Engagement Global gebündelten Programme sind von 94 Mio. Euro 2008 auf 140 Mio. Euro 2011 angestiegen. Im Haushalt 2012 wurde nochmals eine Steigerung auf insgesamt 161 Millionen Euro vorgenommen. Das zeigt deutlich, wie wichtig dem BMZ das zivilgesellschaftliche Engagement ist!

Unter dem Dach der Engagement Global ist die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ zuständig für entwicklungspolitisch engagierte Kommunen und deren Partnerschaften. An der Schnittstelle zwischen Staat und Bürgergesellschaft spielen gerade die Kommunen eine zentrale Rolle. Sie machen Entwicklungspolitik lokal verständlich und erfahrbar. Sie fördern das Bewusstsein der Bürger für globale Zusammenhänge.

Gleichzeitig hat kommunales Handeln auch immer entwicklungspolitische Auswirkungen. Daher tragen Kommunen Verantwortung, vor den Bürgern als Vorbild zu wirken. Aber auch im Ausland sind die deutschen Kommunen aktiv. Sie können langfristige partnerschaftliche Beziehungen zu Kommunen in Entwicklungsländern aufbauen, dabei ihr besonderes Know-how einbringen und Veränderungsprozesse „auf gleicher Augenhöhe“ begleiten. Deutschlandweit sind rund 170 Städte, Gemeinden und Landkreise formalisierte Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern eingegangen. ■

# Kommunale Entwicklungspolitik – Was zeichnet das Engagement vor Ort aus?



*Walter Leitermann,  
Stellv. Generalsekretär Rat der Gemeinden  
und Regionen Europas / Deutsche Sektion*

« Aus Sicht der Kommune heißt Engagement am Thema dranzubleiben und es auch gegen viele andere Interessen hartnäckig zu verteidigen. Allerdings hat sich in den vergangenen zehn Jahren vieles verändert. In den politischen Gremien steht das Thema entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwar häufiger auf der Tagesordnung. Im Vergleich zu den deutschen Nachbarländern stehen die Kommunen im Land bezüglich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit aber eher im hinteren Drittel. Geschuldet ist dies allerdings auch den unterschiedlichen Strukturen in den verschiedenen Ländern. »



*Gisela Stang,  
Bürgermeisterin der Stadt Hofheim am Taunus*

« Allein durch die Thematisierung bestimmter Dinge kann Betroffenheit geschaffen werden, was wiederum Engagement befördert. Durch den Titel Fairtrade-Town ist zum Beispiel das Thema in der Stadt plötzlich sehr viel präsenter. Um Fairtrade-Town zu werden, braucht es unter anderem eine bestimmte Anzahl von Händlern mit Fairtrade-Produkten, Schulprojekte und Öffentlichkeitsarbeit. Diese Umstände helfen dabei, das Thema entwicklungspolitische Zusammenarbeit einfacher an die Zivilgesellschaft heranzutragen. »



*Matthias Goost,  
Geschäftsführer Bierbaum & Proenen*

« Wirtschaft und entwicklungspolitisches Engagement lassen sich miteinander verknüpfen. Mit einem Werk für Berufskleidung beschäftigt Bierbaum & Proenen unter anderem in Tunesien 250 Angestellte, weltweit sind es 1.000. Bierbaum & Proenen ist Mitglied der holländischen FairWear-Multi-Stakeholder-Initiative. FairWear konzentriert sich auf die sozialen Arbeitsbedingungen weltweit und setzt sich dafür ein, diese zu verbessern. Hierzu gehören zum Beispiel die ILO-Kernarbeitsnormen. Darüber hinaus wird ein rechtsverbindliches Arbeitsverhältnis, ein gesunder Arbeitsplatz und die Abführung der Sozialabgaben sowie existenzsichernde Löhne ohne überlange Arbeitszeiten garantiert. Bierbaum & Proenen hat sich dazu verpflichtet, auf diese Standards hinzuarbeiten. Durch eine Auditierung durch FairWear lässt sich überprüfen, in welchem Maße die acht FairWear-Regeln eingehalten worden sind. Das Ergebnis wird transparent im Internet veröffentlicht. »



*Cornelia Coenen-Marx,  
Oberkirchenrätin Evangelische Kirche in Deutschland*

« Viele Aktionen im Bereich der entwicklungs-  
politischen Zusammenarbeit, wie zum  
Beispiel die Frage nach Fairem Handel oder die

Weltläden, wurden bereits früh von der Evangelischen Kirche gestartet. Diese Aktionen sind heute relativ bekannt und verbreitet. Gleichzeitig haben sie im Sinne einer politischen Kampagne das Verbraucherbewusstsein geschärft, von einem Nischendasein zu einem selbstverständlichen Pluralismus. Damit war die Evangelische Kirche bereits an der Wurzel der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit engagiert und ist heute Teil eines breiten Netzwerkes, das über Deutschland hinausgeht, Kirche und Zivilgesellschaft, nationale und internationale Fragen verknüpft und Umwelt und soziale Fragen miteinander verbindet. »

Das Gesicht des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements von morgen:

„Fair kaufen -  
Mehr Wert für alle.“



*Tobias Kahler,  
Direktor ONE Deutschland*

« Eigenverantwortung bezieht sich auf ganz  
verschieden Objekte und Personen. Selbst-  
verständlich auch auf afrikanische Länder und Re-  
gierungen. Verantwortung ist aber auch die Verantwortung eines  
jeden Bürgers sich gegen Ungerechtigkeit in der Welt einzusetzen.  
ONE hat dabei eine zentrale Botschaft: Die Entwicklungszusam-  
menarbeit hat in den letzten Jahren starke Ergebnisse erzielt. So  
ist zum Beispiel die Zahl der Kindersterblichkeit seit 1960 von über  
20 auf unter acht Millionen gesunken. ONE bietet mit Online-  
Petitionen ein niederschwelliges Angebot, um auf Missstände  
aufmerksam zu machen. Die Kampagnen von ONE richten  
sich derzeit in erster Linie an die (Bundes)Politik. »



*Gabriela Büsse-maker,  
Hauptgeschäftsführerin Engagement Global gGmbH*

« Kommunen leisten bereits heute sehr gute  
Arbeit im entwicklungspolitischen Engage-  
ment. Sei es in Vereinen, in Weltläden, bei Festen  
oder Veranstaltungen. Ein „Tag der Entwicklung“ würde, auch über  
den Transport über die Medien, der Öffentlichkeit stärker zeigen,  
was deutsche Entwicklungspolitik leisten kann, insbesondere die  
Zivilgesellschaft, die NRO's und die Kirchen. Gleichzeitig könnte dies  
ein Tag der Anerkennung der Arbeit aller Aktiven werden und zeigen,  
wie vielfältig das Engagement in den Kommunen vor Ort ist.  
Für eine Umsetzung braucht es Mut, Mittel und Kreativität. »

# Strukturwandel des Engagements – Konsequenzen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Prof. Dr. Norbert Kersting, Universität Münster



„Die Sitzblockade ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen“. Dieses Zitat zeigt, dass sich etwas verändert in den Beteiligungsstrukturen. Es gibt neue Beteiligungsmuster für Bevölkerungsgruppen. Bisher war die Sitzblockade, genauso wie der Protest auf der Straße, eher etwas, das jüngere Bevölkerungsgruppen gemacht haben. Nun engagieren sich andere Gruppen, die andere Formen wählen.

Eine zentrale Ressource bei jeder Form von Engagement ist die Zeit. Heute gibt es einen Wegbruch von Engagement in bestimmten Gruppen, insbesondere bei den Jugendlichen, denen durch die Verkürzung der Abiturjahrgänge Zeit fehlt, ebenso bei Studierenden durch eine stärkere Vereinnahmung durch B.A.- oder M.A.-Studiengänge. Andersherum engagieren sich die „Zeitreichen“ stärker. Dies sind in unserer ergrauten Gesellschaft heute die Älteren.

Um Beteiligung und Engagement zu befördern, gibt es ein breites Spektrum direkter dialogischer Instrumente: Sie reichen über Methoden wie Meinungsumfragen, Open Space- oder Online-Konferenzen bis hin zu Beiräten und Kinder- und Jugendparlamenten. Allen gemein ist die Aufgabe, den Bürger aktiv in die Gestaltung von Prozessen einzubinden. Somit wird er vom Demokratie-„Beobachter“ zum deliberativen Informationssubjekt. Andere Methoden helfen bei der organisierten

Konsensfindung oder unterstützen bei der Lösung struktureller Konflikte. Zusammengefasst heißen sie Hybrid Democracy. Sie helfen bei Mobilisierung, Information, Kommunikation und Engagement. Die Wirkung von Bürgerhaushalten beispielsweise zeigt, dass diese zu einer Modernisierung von Kommunen durch eine Bürgerexpertise führen: städtische Dienstleistungen und Produkte werden bewertet, Leitbilder entwickelt und dezentrale Stadtteilveranstaltungen durchgeführt. Diese Maßnahmen verbessern die Beziehungen zwischen Politik und Bürgern. Gleichzeitig führt der Einsatz solcher Methoden zu Reformen in der Lokalpolitik: Zum einen kommt es zu einer Dezentralisierung (räumliche, fiskalische und funktionale Reformen) zum anderen gibt es partizipative Reformen, zum Beispiel in der repräsentativen lokalen Demokratie. Darüber hinaus gibt es politisch administrative Reformen wie direkt gewählte Bürgermeister. Um diese Reformen umsetzen zu können sind neue Beteiligungsinstrumente in Form demokratischer Innovationen nötig. Hierzu gehören

neben Bürgerhaushalten auch Referenden und Initiativen, elektronisches Voting oder eine Citizen Jury.

In der Konsequenz bedeutet dies auch eine ganz neue Rolle für die Lokalpolitiker und -verwaltung. Zudem müssen direkte und deliberative demokratische Verfahren verknüpft und neue dialogische Verfahren institutionalisiert werden. ■

Das Gesicht des kommunalen entwicklungs-  
politischen Engagements von morgen:

Expertise der Südpartner  
durch persönliche  
Begegnung einbinden.

# Bürgerschaftliches Engagement als Allheilmittel in Kommunen?

Dr. Thomas Rübke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement



**G**ibt es in den Kommunen heute zwei Welten? Gibt es zum einen diejenigen, die Teil der Bürgerbewegung sind, also die sogenannten Wut- und Mutbürger, und zum anderen die „stillen“ Ehrenamtlichen? Oder sollten Beteiligung und Engagement nicht vielmehr zusammen gehören?

Ein geflügeltes Zitat vieler Reden zum Bürgerschaftlichen Engagement heißt: „Ehrenamt darf nur Ergänzung zum Hauptamt sein“. Der Philosoph Peter Sloterdijk formuliert dagegen: „Unsere Gesellschaft muss großzügiger werden und den Zwangsapparat der staatlich auferlegten Pflichten zurückdrängen“

Ehrenamt war in der Geschichte nicht immer nur eine Ergänzung: Die Wurzeln liegen in der bürgerlichen Emanzipation zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Krise des feudalen Staates. Hierzu gehörten das politische Amt, das caritative Ehrenamt, das Vereinswesen und später die Verbandlichung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In den 1970er und 1980er Jahren kam es mit einer Professionalisierung sozialer und kultureller Arbeit sowie Alternativbewegungen zu neuen Formen des Engagements, die eine Krise des klassischen Ehrenamtes ankündigten. Engagement ist meist aus der Not geboren und entdeckt dabei innovativ Lücken im Gemeinwesen. Grundsätzlich ist es in drei Bereichen beheimatet: in der gesetzliche Daseinsvorsorge, in der gesellschaftlichen Selbstorganisation und in der Koproduktion von hauptamtlichen Diensten und ehrenamtlichen Tätigkeiten. Dabei schafft Bürgerschaftliches Engagement in vielen Fällen die Voraussetzung für neue hauptamtliche Professionalität. Diese Bilanz ist eindeutig.

Die Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements liegen in der Gewährleistung der Kontinuität von Einrichtungen und Diensten. Auch eine Verlässlichkeit von „Dienstleistungen“ kann es nicht erbringen. Ebenso wenig wie eine komplexe Steuerung großer und umsatzstarker Bereiche mit finanziellen Risiken.

Chancen hingegen bietet Bürgerschaftliches Engagement in der Gestaltung von Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit ebenso, wie in der Frage der Globalisierung und der Bildung regionaler Identitäten. Hierbei geht es um nicht weniger als eine Neudefinition gesellschaftlichen Wohlstandes. Hierzu gehören auch die Wiederbelebung lokaler Demokratie und Änderung des Lebensstils bezogen auf Lebenskunst, Glücksforschung, Gesundheit und Zufriedenheit.

Gute Beispiele aus der Praxis gibt es genügend: Projekte wie „Große Für Kleine“ Bürgerschaftliches Engagement in Kindertagesstätten, Familienpatenschaften Bayern, das Projekt „Eine Stunde Zeit schenken“ oder das Anstoßen der Energiewende durch Bürgerbeteiligung. Die Aufgaben einer Engagementpolitik sind dabei vielfältig: Sie kann Koordinierungsstelle sein, als Nachweisträger für Ehrenämter dienen, Modellprojekte zur Sondierung und Qualifizierung ins Leben rufen oder Bürgerorientierung in Verwaltung, Einrichtungen und bei Diensten bieten. ■

# Die Rolle der Zivilgesellschaft im Engagement für globale Fragen

*Dr. Richard Auernheimer, Vorsitzender des Vereins Partnerschaft Rheinland-Pfalz/ Ruanda*



**S**eit 30 Jahren trägt die Arbeit des Vereins Partnerschaft Rheinland-Pfalz/ Ruanda neue, aktuelle Ansätze in sich. Dabei steht die Gemeinsamkeit der Einen Welt im Vordergrund. In dieser Zeit hat das Projekt immer weiter an Aktualität gewonnen, die für Bürgerinnen und Bürger greifbar ist und konkrete Bezüge hat.

Die gemeinsame Partnerschaft ist dabei in erster Linie darauf ausgerichtet, dass Gemeinden in Rheinland-Pfalz sehr direkte Kontakte mit Gemeinden in Ruanda haben. Diese Gemeinsamkeiten gehen über verwaltungstechnische Zusammenarbeit hinaus, hin zu konkreten Schritten. Diese kleinen Planungsschritte, die von den Beteiligten selbst gestaltet worden sind, machen das Projekt so erfolgreich. Insofern ist die Rolle der Zivilgesellschaft im Engagement für globale Fragen auch eine symmetrische Aufgabe: Um dies zu erreichen und auf gleicher Augenhöhe zu kommunizieren muss vieles erklärt und vieles verstanden werden. Dabei sind die Partner in Ruanda nicht nur Nehmer von „Entwicklungshilfe“ sondern gemeinsamer Akteur in gemeinsam entwickelten Aufgaben.

Erzielte Erfolge sind zum Beispiel die Erreichung der Millenniumziele. Darüber hinaus möchte die „Graswurzelpartnerschaft“ zu einer stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung und mehr Beschäftigung beitragen sowie die Armut weiter bekämpfen und die Bildungssituation weiter verbessern. Weitergehende Perspektiven sind Selbstbestimmung, Teilhabe und Gleichstellung innerhalb einer sich verändernden Zivilgesellschaft. Die Menschen in Ruanda sollen befähigt werden, ihre Bildung zu nutzen. Ihnen soll damit die Möglichkeit gegeben

werden, sich in einen gesellschaftlichen Prozess der Entstehung der Zivilgesellschaft einzubringen in einem Land, das nach seiner jüngsten Vergangenheit, heute die Menschen wieder zueinander bringen muss. Daher ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft in Ruanda eine ganz besondere Aufgabe.

Die Zusammenarbeit Rheinland-Pfalz/ Ruanda gibt den jungen Menschen gleichzeitig die Möglichkeit in eine Welt hineinzuwirken, die diese sonst nur elektronisch über Medien erfassen, nicht aber präsent haben. Die junge Generation hat damit die Chance, Vorhaben direkt mitzuentwickeln, die sie mitgestalten können. Auch darum hat der Verein den Weg der Schulpartnerschaften gewählt. Über 200 Schulen sind dabei aktiv im Kontakt mit Schulen in Ruanda.

Stärker in den Fokus rückt auch die Arbeit auf gleicher Augenhöhe: In den Fragen, die gemeinsam mit Ruanda beantwortet werden müssen, kann Rheinland-Pfalz nicht mehr die Kompetenz beanspruchen, ausschließlich die Lösung zu wissen. Das Thema Bürgerbeteiligung zum Beispiel ist nicht nur etwas, das die Menschen in Deutschland beschäftigt, sondern ist auch in Ruanda bereits Teil vieler Programme. Es gibt also heute schon Aufgaben, die in einer Parallelität präsent sind und die die Menschen in Deutschland nicht besser beherrschen, als die Menschen in Ruanda. ■

# Internationale Verantwortung – Rheinland-Pfalz und die Welt

Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz



**A**uch wenn die Aufgaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit überwiegend Bundesaufgaben sind, so müssen auch die 16 Länder und die Kommunen in besonderem Umfang dieser Verantwortung mit allen Möglichkeiten, die sie haben, gerecht werden. Wer politische Verantwortung trägt, muss diese aus-

üben, unabhängig davon, auf welcher Ebene man sich bewegt. Man muss sie so wahrnehmen, dass man helfen kann, dass es an anderer Stelle etwas besser zugeht. Diese Verantwortung ist allumfassend. Die Zusammenarbeit mit Ruanda ist dabei in der Landesregierung und im Landtag ein gemeinsames Ziel über alle Parteigrenzen hinweg. Das hilft auch immer wieder dabei, den Weg in die großen Organisationen und Kommunen zu finden. Im Mittelpunkt steht dabei der Dreiklang der Partnerschaft mit Ruanda, einem der ärmsten Länder der Welt, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Sensibilisierung von Kommunen für den Gedanken der Einen Welt.

Die Partnerschaften erstrecken sich dabei weit über das übliche Maß hinaus. So gibt es Partnerschaften zum Beispiel im Bereich des Sports, das gilt auch für die Behindertensportorganisationen. Der Gedanke des Sports schafft Verbindungen, die ein gegenseitiges Verständnis wecken.

Die Partnerschaft arbeitet dabei institutionell eng mit der ruandischen Regierung zusammen. Die Rahmenbedingungen für die weitere Arbeit werden gemeinsam mit der Landesregierung zum Beispiel alle vier Jahre in einer gemeinsamen Kommission in enger Begleitung durch den Partnerschaftsverein festgelegt. Die Gelder werden dabei nicht als Budgethilfe der Regierung zur Verfügung gestellt, sondern

einzelnen Projekte in Ruanda zugeordnet, die von der Landesregierung mit ausgewählt werden. Die Baufortschritte und die Erreichung der Zielsetzung werden dabei eng von einem eigenen Büro vor Ort begleitet und kontrolliert. Die Graswurzelpartnerschaft wurde in den vergangenen Jahren immer vor allem so verstanden, in erster Linie Menschen und Institutionen zusammenzubringen – und dass eine enge Zusammenarbeit der Regierungen dieses Vorgehen nur begleiten soll.

In Zahlen ausgedrückt begleitet die Partnerschaft 220 Schulen, 50 Kommunen, 47 Stiftungen und Organisationen, vier Universitäten und 15 Pfarreien. Die in den vergangenen 30 Jahren aufgebauten Strukturen basieren auf dem Kontakt von Menschen zu Menschen. Wenn es gelingt dies auch über die große Strecke zu organisieren, dann kann man an der Wurzel beginnen mitzuhelfen, Verbesserungen in einem extrem armen Land zu gestalten, das Hilfe ein Stück weit braucht. Eine große Herausforderung ist es, das Projekt in die Zukunft zu tragen. Um dies zu gewährleisten setzt die Partnerschaft bereits mit Projekten in Schulen an und spricht damit auch junge Leute an. Darüber hinaus ist eine Zusammenarbeit mit großen Jugendorganisationen geplant, um auch dort für diese Partnerschaft zu werben. ■

Das Gesicht des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements von morgen:

Schaffung einer Willkommenskultur durch größere kulturelle und interkulturelle Akzeptanz.

# Stimmen aus der Praxis

## Interviews



**Albrecht W. Hoffmann,**  
Ideenschmiede A. W. Hoffmann GmbH

« Die Frage nach der Wichtigkeit dieses Treffens ergibt sich aus den unterschiedlichen Akteuren, die dort zusammen kommen und ich finde es macht nur Sinn, nicht nur zu sagen, uns gibt es und wir machen das und entwickeln dadurch ein Gefühl der Stärke und des Selbstbewusstseins und der gegenseitigen Anerkennung, sondern ich glaube, es ist wichtig darüber einen Erfahrungsaustausch zu organisieren. »



**Dr. Klaus Wazlawik,**  
Förderverein Lokale Agenda 21 Treptow-Köpenick

« Ich nehme an diesen, wie an den vorigen Veranstaltungen teil, weil es eine enorme Möglichkeit ist, Neues zu hören und dieses Neue brauche ich, wenn ich in einer Kommune oder zivilgesellschaftlichen Organisation weitere Dinge entwickeln will. »



**Eric Weik,**  
Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen

« Es bringt nicht viel, wenn wir in Wermelskirchen umweltpolitisch irgendwann sehr sauber agieren und in den anderen Ländern findet das nicht statt oder wir helfen denen, die das nicht selber können nicht, dann können wir es auch selber bleiben lassen. Ich erlebe diese Konferenz als einen Markt der Möglichkeiten und mir gefällt, dass wir gezwungen werden, uns selbst Gedanken zu machen und bestimmte Ergebnisse zu erarbeiten. Das versäumen in der Zwischenzeit viele Konferenzen und es tut uns allen gut, selber auch ein bisschen zu arbeiten und zu denken. »



**Christoph Struß,**  
Stadt Dortmund

« Die Anregung, die wir mit nach Hause nehmen, ist konkrete Arbeit in entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Wie solche Projekte, wie jetzt hier vorgestellt in Ruanda. Wie ist das in Dortmund denkbar? Wir haben eine Klimapartnerschaft in Kumasi. Was können wir aus den Erfahrungen mitnehmen, die schon hier gesammelt wurden in Ruanda für unsere neue Partnerschaft, die wir jetzt gerade in Kumasi in Ghana beginnen. »



**Sadé Fynn,**  
Südafrika Frauen Initiative  
(Ludwigshafen am Rhein)

« Ich habe gelernt, dass sich durchzusetzen doch etwas bringt, dass es nicht einfach dieses Gerede ist: Es wird nichts getan. Vielmehr stärkt sich die Entwicklungspolitik. Wir sind die Jugend von morgen und ich glaube, die jungen Menschen von morgen sollten auch etwas dafür tun. »



**Monika Dülge,**  
VENRO e. V.

« Ich finde es heute wieder sehr produktiv, so, wie diese Konferenzen immer waren. Auch wenn wir gestern einen kleinen Konflikt hatten, der dann auch im Plenum hier eine Debatte losgetreten hat. Aber gerade das finde ich sehr gut. Wenn wir unterschiedliche Meinungen, die dann aufeinanderprallen, unterschiedliche Perspektiven dann zusammen bringen können: besser geht's doch nicht. Und ich finde das haben wir gestern untern Beweis gestellt und heute zeigt sich, dass daraus ganz produktive Ideen entstehen. »

## Politik-Check:

*Einschätzungen zu mehr Engagement in der Entwicklungspolitik.*



**Roger Lewentz,**  
Minister des Innern, für Sport und  
Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz

Aus der Sicht von Roger Lewentz sollten Entwicklungshilfe-Partnerschaften dem Grunde nach eine Selbstverständlichkeit sein. Um in Rheinland-Pfalz das Engagement der Kommunen für entwicklungspolitische Zusammenarbeit attraktiver zu gestalten, hat Roger Lewentz als Chef der Kommunalaufsicht diese angewiesen, Gemeinden, die sich engagieren möchten, diesen Posten nicht aus dem Haushalt zu streichen. Engagement ist für die Landesregierung mehr als eine philosophische Idee, einfach auch aus dem Grund, da sie handlungsfähig sind und an diesen Stellen auch handeln wollen. Dies ist auch Ergebnis der 30-jährigen Partnerschaft mit Ruanda, die von allen Parteien im Land getragen wird.



**Dr. Richard Auernheimer,**  
Vorsitzender des Vereins Partnerschaft  
Rheinland-Pfalz/ Ruanda

Um Engagement stärker zu fördern, muss zunächst mehr darüber gesprochen werden, wie das Engagement heute gestaltet ist und wie es morgen sein sollte. Gerade engagierte Bürger – zum Beispiel in Vereinen – sollten daran interessiert sein, das Thema weiter dorthin zu tragen, wo noch „weiße Flecken“ auf der Landkarte sind.

Noch ist zu wenigen Menschen bewusst, welche Relevanz und welche Bedeutung kommunale Entwicklungspolitik besitzt. Es ist eben kein Thema der Anhänglichkeit oder der breiten missionarischen Ideen. Vielmehr besitzt es höchste Relevanz und dies muss noch stärker, zum Beispiel mit Hilfe sozialer Medien, in den Alltag hineingetragen werden.



**Eric Weik,**  
Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen

Mitstreiter für die Arbeit in der kommunalen Entwicklungspolitik zu finden wird sowohl innerhalb der städtischen Verwaltung als auch auf der Ebene der Bürgermeisterkollegen schwieriger. Eric Weik hat in Wermelskirchen durch sein entwicklungspolitisches Engagement eher ein wenig Bonus verloren. Rheinland-Pfalz ist in einer besseren Ausgangslage als Nordrhein-Westfalen: Das Land hat im Vergleich zu NRW einen enorm hohen Anteil am Budget der kommunale Entwicklungshilfe und bildet zugleich eine starke Klammerfunktion. Ziel sollte es sein, dass Entwicklungsarbeit in NRW, ähnlich wie in Rheinland-Pfalz, wieder schick wird.

*Das Gesicht des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements von morgen:*

*Gut leben  
statt viel haben*



**Sabine Drees,**  
**Referentin Deutscher Städtetag**

Um entwicklungspolitische Zusammenarbeit für die Städte attraktiver zu machen, muss den Städten der eigene Nutzen dadurch besser vermittelt werden. Es muss dargestellt werden, dass es zum Beispiel Wirkungen im Partnerland gibt. Darüber hinaus wird aber auch das Image der eigenen Kommune aufgewertet. Hierzu gehören auch die Herstellung von Kontakten zu Wirtschaft und Wissenschaft, Mitarbeiter qualifizieren sich durch Managementkompetenzen und werden professionalisiert. Eine Liste an möglichem Nutzen für die Städte ist äußerst vielfältig.



**Barbara Mittler,**  
**Geschäftsführerin ELAN e.V.**

Durch eine starke Zusammenarbeit zum Beispiel mit Universitäten hat ELAN e. V. einen großen Zulauf von jugendlichen Engagierten. Gleichzeitig legt der Verein Wert darauf, dass auch die Multiplikatoren junge Menschen sind, die die Bildungsanliegen in die Fläche tragen. Erklärtes Ziel ist es, im Zweifel eher weniger Jugendliche, diese aber auf Dauer zu binden. Zudem ist es gelungen über ein regionales Fachforum in Rheinland-Pfalz auch Menschen mit Migrationshintergrund für den Verein zu gewinnen. Dort sind drei Kontinente vereint. Zurzeit leiten es drei Menschen aus Asien, Lateinamerika und Afrika, die für das nächste Jahr einen Kongress anstreben.



**Michaella Rugwizangoga,**  
**Jugendbeauftragte**

Um junge Leute zu mehr Engagement für Entwicklungspolitik zu bewegen, sollten ihnen konkrete Ziele gesetzt werden, die gleichzeitig motivierend sind. Das Ziel sollte erreichbar sein und gleichzeitig aufzeigen, dass man etwas bewirken kann. Hilfreich ist es dabei mit positiven Bildern zu arbeiten, die Erfolge in den Vordergrund rücken. Zum Beispiel die Reduzierung der Armut. Wichtiger als das Thema Spenden in den Fokus zu setzen, ist es über die Wirtschaftsthematik an die Jugendlichen heranzutreten. Spenden sind weder nachhaltig noch langfristig. Gleichzeitig sollte das Thema Wirtschaft mehr und mehr betont werden, bestenfalls frühest möglich als Unterrichtsfach an Schulen. Die Ökonomie sollte gestärkt werden, um eine tragfähige Zukunftsgrundlage zu haben, um so Wirtschaft zum Thema für Entwicklungspolitik zu machen.

# Die Bundeskonferenz 2012 in Bild und Ton



DVD schon weg? Die Bundeskonferenz gibt es auch unter folgendem Link zu sehen:  
<http://www.service-eine-welt.de/bundeskonferenzen/bundeskonferenzen-video.html>

## Impressum

### Herausgeber:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH –  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
Tulpenfeld 7 | D - 53113 Bonn  
Fon ++49/228/20717-330, Fax++49/228/20717-321,  
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de

Texte: Ibo Peters, IKU GmbH

Redaktionelle Unterstützung: Michael Marwede, Engagemet Global gGmbH

Fotos: Dominik Schmitz, Köln, für Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

**Gestaltung:** Kirsch Kürmann Designbüro GbR

**Druck:** Koffler DruckManagement GmbH, Dortmund

Gedruckt auf Recyclingpapier

Bonn, August 2012

Der Druck wurde finanziell gefördert durch das Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

**ENGAGEMENT  
GLOBAL**



Service für Entwicklungsinitiativen

**SERVICESTELLE** ● ● ●  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des

**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



Bundeskonferenz  
der Kommunen und Initiativen